



Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 24. bis 25. Februar 2016

Deal mit Großbritannien: Debatte mit Tusk und Juncker

Am Mittwochnachmittag werden die Abgeordneten über die Zugeständnisse der EU-Staats- und Regierungschefs zugunsten Großbritanniens im Vorfeld des geplanten britischen Referendums über die EU-Mitgliedschaft diskutieren. An der Debatte nehmen die Präsidenten des Europäischen Rats und der Europäischen Kommission Donald Tusk und Jean-Claude Juncker teil.

4

EU-weite Jobdatenbank für besseren Abgleich von Stellenangeboten und -gesuchen

Das Europäische Beschäftigungsnetz EURES soll um eine EU-weite Datenbank mit Stellengesuchen und Lebensläufen erweitert werden. Dies steht am Mittwoch zur Debatte und am Donnerstag zur Abstimmung. Ziel ist, die Arbeitslosigkeit durch einen besseren Abgleich von Stellenangeboten und -gesuchen zu bekämpfen. Die überarbeiteten Vorschriften, bereits mit dem Rat vereinbart, sollen ebenfalls die Rolle der Sozialpartner stärken und Grenzregionen sowie junge Menschen besser unterstützen.

5

Abkommen mit Tabakriesen: Funktionieren die Anti-Schmuggel-Vereinbarungen?

Donnerstagmorgen befragen die Abgeordneten die Kommission zu den Abkommen zur Bekämpfung von Zigaretenschmuggel und -fälschungen zwischen der EU und den vier größten Tabakherstellern. Sie wollen wissen, ob diese Abkommen ihre Ziele erreicht haben, und wer am meisten davon profitiert hat, bevor die mit Philip Morris International (PMI) abgeschlossene Vereinbarung im Juli 2016 ausläuft und erneuert wird. Die Kommission wird ihre schon im Dezember erwartete Beurteilung nun endlich vorstellen.

7

Illegalen Handel mit Haustieren durch EU-weiten Informationsaustausch bekämpfen

Am Donnerstag stimmen die Abgeordneten über einen EU-weiten Datenaustausch der Registrierung von Katzen und Hunden ab. In der EU wächst die Besorgnis über den steigenden illegalen Handel mit Heimtieren, die häufig schlecht aufgezogen und einem erhöhtem Krankheitsrisiko ausgesetzt sind. Der illegale Handel mit Haustieren wird zunehmend mit organisierter Kriminalität in Verbindung gebracht und ist nach Drogen und Waffen der gewinnträchtigste illegale Handel in der EU.

9

Wirtschaft, Soziales, Binnenmarkt: Parlament legt EU-Prioritäten für 2016 fest

Die Prioritäten der EU für die Bereiche Wirtschaft, Soziales und Binnenmarkt für 2016 stehen am Mittwoch im Mittelpunkt einer Debatte mit der Kommission über das Europäische Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung. Die Abgeordneten werden voraussichtlich die Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und dessen soziale Aspekte ansprechen sowie erörtern, wie das wirtschaftliche Potenzial des Binnenmarktes besser genutzt werden kann.

11

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

12

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2016-02-24>

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)

[Europarl TV](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)


[Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)


[EP Newshub](#)


Kontakt

Armin WISDORFF

COMM - PRESS

 (+32) 2 28 40924 (BXL)


 (+33) 3 881 73780 (STR)


 +32 498 98 13 45

 presse-DE@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

COMM - PRESS

 (+32) 2 28 31141 (BXL)

 (+33) 3 881 73603 (STR)

 (+32) 498 98 33 32

 presse-DE@europarl.europa.eu

Huberta HEINZEL

COMM - MEDIA SERVICES

☎ (+43) 1 516 17 201

☎ (+33) 3 881 74646 (STR)

☎ (+43) 676 550 3126

✉ huberta.heinzel@ep.europa.eu

Deal mit Großbritannien: Debatte mit Tusk und Juncker

Am Mittwochnachmittag werden die Abgeordneten über die Zugeständnisse der EU-Staats- und Regierungschefs zugunsten Großbritanniens im Vorfeld des geplanten britischen Referendums über die EU-Mitgliedschaft diskutieren. An der Debatte nehmen die Präsidenten des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission Donald Tusk und Jean-Claude Juncker teil.

Während der Debatte zu den Ergebnissen des Europäischen Rates vom 18.-19. Februar werden die Abgeordneten erwartungsgemäß auch die jüngsten Entwicklungen in Syrien ansprechen sowie die Maßnahmen - und deren Umsetzung - der Mitgliedstaaten in Bezug auf die Flüchtlingskrise.

Hintergrundinformationen

Die vom britischen Premierminister geforderten Reformen im Vorfeld des am 23. Juni geplanten Referendums zur britischen EU-Mitgliedschaft wurden ihm in Form einer politischen Einigung zwischen den Mitgliedstaaten am 19. Februar gewährt. Wenn Großbritannien sich dafür entscheidet, in der EU zu bleiben, müssen einige dieser Reformen als EU-Gesetze von Rat und Parlament, als gleichberechtigte Gesetzgeber, geprüft und im jeweils geltenden Verfahren verabschiedet werden.

Debatte: Mittwoch, den 24. Februar

Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte

#UKinEU #EUCO #migration #UKRef #refugeecrisis

Weitere Informationen

[Schlussfolgerungen des EU-Gipfels vom 18.-19. Februar](#)

[„Einigung: Schafft der britische Sonderstatus einen Präzedenzfall?“ – Interview mit EP-Präsident Martin Schulz](#)

EU-weite Jobdatenbank für besseren Abgleich von Stellenangeboten und -gesuchen

Das Europäische Beschäftigungsnetz EURES soll um eine EU-weite Datenbank mit Stellengesuchen und Lebensläufen erweitert werden. Dies steht am Mittwoch zur Debatte und am Donnerstag zur Abstimmung. Ziel ist, die Arbeitslosigkeit durch einen besseren Abgleich von Stellenangeboten und -gesuchen zu bekämpfen. Die überarbeiteten Vorschriften, bereits mit dem Rat vereinbart, sollen ebenfalls die Rolle der Sozialpartner stärken und Grenzregionen sowie junge Menschen besser unterstützen.

Über das Online-Portal des Kooperationsnetzes sollen automatisch Lebensläufe mit passenden Jobangeboten verbunden werden. Es ist ebenfalls geplant, die Stellenangebote der Arbeitsämter in den Mitgliedstaaten in die EU-weite Datenbank aufzunehmen.

Der automatisierte Abgleich von Stellenangeboten und Arbeitsgesuchen muss für die Arbeitnehmer kostenfrei sein, und es darf nicht auf der Grundlage der Staatsangehörigkeit, insbesondere in Bezug auf Entlohnung und Arbeitsbedingungen, diskriminiert werden. Menschen mit Behinderungen müssen Zugang zu den auf dem EURES-Portal bereitgestellten Informationen haben.

Das Verhandlungsteam des Parlaments unter Heinz K. Becker (EVP, AT) konnte eine Erweiterung des Mitgliederkreises des EURES-Netzes um private Organisationen durchsetzen, sofern diese Unterstützungsleistungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber anbieten, sowie die Stärkung der Arbeitsmärkte in Grenzregionen.

Hintergrundinformationen

EURES wurde 1993 als Kooperationsnetz eingerichtet, an dem sich die Europäische Kommission und die öffentlichen Arbeitsverwaltungen der EWR-Mitgliedstaaten (EU-Mitgliedstaaten plus Norwegen, Island und Liechtenstein) sowie weitere Partnerorganisationen wie private Arbeitsvermittlungen, Gewerkschaften und Arbeitnehmerorganisationen beteiligen.

Bisher wurden einige grundlegende Mängel bei EURES festgestellt, darunter ein unvollständiger Pool an Stellen und Lebensläufen, begrenzte Abgleichungsfähigkeit des EURES-Portals und ein ineffizienter Informationsaustausch zwischen Mitgliedstaaten über

Arbeitskräftemangel und -überschuss. Nur etwa 7,5 Millionen der europäischen Erwerbstätigen (also 3,1%) sind in einem anderen Mitgliedstaat wirtschaftlich aktiv (ohne Grenzgänger).

Debatte: Mittwoch, den 24. Februar

Abstimmung: Donnerstag, den 25. Februar

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

#employment #EURES

Weitere Informationen

[Entschließungsentwurf über ein Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen, den Zugang von Arbeitskräften zu mobilitätsfördernden Diensten und die weitere Integration der Arbeitsmärkte](#)
Berichterstatte Heinz K. Becker (EVP, AT)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen: "Enhancing workers mobility and reinvigorating EURES" \(auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: "Reform of the European Network of Employment Services \(EURES\)" \(auf Englisch\)](#)

Abkommen mit Tabakriesen: Funktionieren die Anti-Schmuggel-Vereinbarungen?

Donnerstagmorgen befragen die Abgeordneten die Kommission zu den Abkommen zur Bekämpfung von Zigarettenschmuggel und -fälschungen zwischen der EU und den vier größten Tabakherstellern. Sie wollen wissen, ob diese Abkommen ihre Ziele erreicht haben, und wer am meisten davon profitiert hat, bevor die mit Philip Morris International (PMI) abgeschlossene Vereinbarung im Juli 2016 ausläuft und erneuert wird. Die Kommission wird ihre schon im Dezember erwartete Beurteilung nun endlich vorstellen.

Unter diesen Kooperationsvereinbarungen haben die vier Unternehmen zugesagt, der EU und ihren Mitgliedstaaten insgesamt 2,15 Milliarden Dollar zu zahlen, damit die Union die Verfahren zur Einziehung durch illegalen Handel mit Zigaretten verlorener Zölle gegen sie einstellt. Die Firmen haben ebenfalls eingewilligt, Schmuggel und Fälschungen von Tabakprodukten aktiv zu bekämpfen.

Die Abgeordneten erwarten, dass die EU ihre längst fällige Beurteilung des Abkommens mit Philip Morris, das nach 12 Jahren im Juli 2016 ausläuft, endlich vorlegt, bevor sie die Vereinbarung verlängert. Sie verlangen zudem eindeutige statistische Nachweise, dass die Abkommen auch wirklich zu einem Rückgang des Zigarettenschmuggels geführt haben, und wollen über die Verhandlungen kontinuierlich informiert werden.

Da 90% der Einkünfte aus diesen Abkommen den Mitgliedstaaten zugutekommen und 10% in den EU-Haushalt fließen, wollen die Abgeordneten auch wissen, wie künftige Einkommen aufgeteilt werden sollen.

Hintergrundinformationen

Zwischen den Mitgliedstaaten und der EU einerseits und Philip Morris International (PMI), Japan Tobacco International (JTI), Imperial Tobacco Limited (ITL) bzw. British American Tobacco (BAT) andererseits bestehen gegenwärtig vier Kooperationsvereinbarungen, die zwischen 2004 und 2010 abgeschlossen wurden. Die Unternehmen haben eingewilligt, insgesamt 2,15 Milliarden Dollar an die EU und die Mitgliedstaaten zu zahlen, damit diese die

Verfahren gegen sie wegen Zigarettenschmuggel einstellt. PMI hat in den vergangenen 12 Jahren 1,25 Milliarden Dollar gezahlt, die anderen Unternehmen den Rest.

Die Tabakunternehmen haben zugesagt, zu verhindern, dass ihre Produkte in die Hände von Kriminellen gelangen, indem sie nur die Mengen liefern, die auf dem legalen Markt bestellt werden, indem sie darauf achten, nur legale Kunden zu beliefern und indem sie ein System einrichten, das es den Strafverfolgungsbehörden ermöglicht, illegal gehandelte Zigaretten aufzuspüren.

Schon 2006 hat das Parlament die Mitgliedstaaten und die Kommission aufgefordert, die PMI-Gelder zur Finanzierung von Maßnahmen zur Vorbeugung von Zigarettenschmuggel und -fälschungen zu verwenden, das die Summen nicht für besondere Zwecke vorgemerkt sind.

Debatte: Donnerstag, den 25. Februar

Abstimmung: März

Verfahren: Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission (mit EntschlieÙung)

#tobacco

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen: "Tobacco agreements - Fighting illicit tobacco trade"](#) (auf Englisch)

[Tabaksmuggel: Webseite des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung OLAF](#) (mit Links zu den 4 Abkommen)

Illegalen Handel mit Haustieren durch EU-weiten Informationsaustausch bekämpfen

Am Donnerstag stimmen die Abgeordneten über einen EU-weiten Datenaustausch der Registrierung von Katzen und Hunden ab. In der EU wächst die Besorgnis über den steigenden illegalen Handel mit Heimtieren, die häufig schlecht aufgezogen und einem erhöhtem Krankheitsrisiko ausgesetzt sind. Der illegale Handel mit Haustieren wird zunehmend mit organisierter Kriminalität in Verbindung gebracht und ist nach Drogen und Waffen der gewinnträchtigste illegale Handel in der EU.

Zudem stellt dies eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit dar, so die Abgeordneten.

Die Fraktionen EVP und EKR (gemeinsam), S&D, ALDE, GUE/NGL und EFDD haben verschiedene Entschließungsentwürfe vorgelegt. Eine Debatte zu dem Thema hat in der Februar-I-Plenarsitzung stattgefunden.

Hintergrundinformationen

Der Entwurf für ein Tiergesundheitsrecht, auf das sich Parlament und Rat bereits im vergangenen Juni geeinigt hatten, wird voraussichtlich auf der März-Plenarsitzung zur Abstimmung stehen. Dieses Gesetz würde die EU-Kommission ermächtigen, den Mitgliedstaaten die Einrichtung nationaler Datenbanken zur Registrierung von Haustieren vorzuschreiben, wenn dies zur Vorbeugung von Krankheiten und deren Verfolgung auf EU-Ebene als notwendig betrachtet wird. Das Gesetz sieht auch eine verpflichtende Registrierung für alle professionellen Tierhalter und –verkäufer vor.

Debatte: Donnerstag, den 4. Februar

Abstimmung: Donnerstag, den 25. Februar

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

#pets #animalwelfare #animalhealth #petregistration

Weitere Informationen

[Entschließungsentwürfe zur Harmonisierung der Kennzeichnungs- und Registrierungsanforderungen für Heimtiere zum Zweck des Schutzes der Gesundheit von Mensch und Tier](#)

[Video der Plenardebatte \(04.02.2016\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

Wirtschaft, Soziales, Binnenmarkt: Parlament legt EU-Prioritäten für 2016 fest

Die Prioritäten der EU für die Bereiche Wirtschaft, Soziales und Binnenmarkt für 2016 stehen am Mittwoch im Mittelpunkt einer Debatte mit der Kommission über das Europäische Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung. Die Abgeordneten werden voraussichtlich die Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und dessen soziale Aspekte ansprechen sowie erörtern, wie das wirtschaftliche Potenzial des Binnenmarktes besser genutzt werden kann.

Am Donnerstag stimmt das Plenum über drei verschiedene Entschlüsse zu dem Thema ab.

Debatte: Mittwoch, den 24. Februar

Abstimmung: Donnerstag, den 25. Februar

Verfahren: Nichtlegislative Entschlüsse

#EuropeanSemester

Weitere Informationen

[Berichterstatterin Maria João Rodrigues \(S&D, PT\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Berichterstatterin Sofia Ribeiro \(EVP, PT\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Berichterstatterin Catherine Stihler \(S&D, UK\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

["European Semester 'Revamping' and 2016 priorities" \(auf Englisch\)](#)

[„Das Europäische Semester: Die wichtigsten Schritte auf EU-Ebene“](#)

["Implementation of the Stability and Growth Pact and the Opinions on the 2016 Draft Budgetary Plans: February 2016" \(auf Englisch\)](#)

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Eröffnung von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland – *Entschließungsanträge, Abstimmung Donnerstag, Debatte Januar*
- Abkommen EG/San Marino über Maßnahmen zur Besteuerung von Zinserträgen - *Bericht: Cora van Nieuwenhuizen, Abstimmung Donnerstag*
- Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – Antrag EGF/2015/007 BE/Hainaut-Namur Glass - *Bericht: Tomáš Zdechovský, Abstimmung Donnerstag*
- Tätigkeiten der Europäischen Bürgerbeauftragten im Jahr 2014 - *Bericht: Soledad Cabezón Ruiz, Abstimmung Donnerstag*
- Humanitäre Lage in Jemen – *Entschließungsanträge, Abstimmung Donnerstag, Debatte Januar*
- Gemeinsame Aussprache - Handelsbeziehungen EU/Tunesien, Debatte Mittwoch
- Vorbereitung auf die Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Thema Drogen - *Erklärungen des Rates und der Kommission, Debatte Mittwoch*
- Jahresbericht 2014 der Europäischen Zentralbank - *Bericht: Notis Marias (A8-0012/2016), Abstimmung Donnerstag, Debatte 1. Februar*